



Berlin Institut
für Partizipation



PARTEIEN UND BÜRGERBETEILIGUNG

KONKURRENZ, INSTRUMENT ODER EIN GROSSES MISSVERSTÄNDNIS?

Autor: Jörg Sommer

DER AUTOR

JÖRG SOMMER (*1963) ist Politikwissenschaftler und Soziologe, er beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit Fragen des gesellschaftlichen Engagements und Zusammenhaltes. So gibt er unter anderem das in zweijährigem Rhythmus erscheinende „KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG“ heraus. Er ist Direktor des Berlin Institut für Partizipation und in dieser Eigenschaft auch als Gutachter und Berater für Parlamente, Ministerien, Stiftungen und Verbände tätig. Außerdem wirkt er als Koordinator der Allianz Vielfältige Demokratie, in der über 220 Expert*innen aus Bundesministerien, allen Landesregierungen, internationalen Organisationen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Erprobung neuer Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und Bürgerbeteiligung arbeiten. Seit 2020 publiziert er einen kostenlosen wöchentlichen Newsletter demokratie.plus zu Fragen der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.



Herausgeber:

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel.: 030 120 826 13
Mail: kontakt@bipar.de

www.bipar.de

Verantwortlich:

Jörg Sommer, Direktor

Titelbild:

Kristijan Arsov via Unsplash

Redaktionshinweis:

Die in dieser Publikation formulierten Positionen geben nicht zwangsläufig in allen Punkten die Meinung des Herausgebers wieder.

ISBN: 978-3942466-50-9

© Oktober 2021, Berlin Institut für Partizipation

Jörg Sommer

PARTEIEN UND BÜRGERBETEILIGUNG – KONKURRENZ, INSTRUMENT ODER EIN GROSSES MISSVERSTÄNDNIS?

Unsere Demokratie steht unter Druck. Legitimation und Akzeptanz repräsentativer Institutionen sind gesunken. Neue Formate der politischen Teilhabe jenseits von Wahlen sind als Antwort darauf entstanden. Doch welche Relevanz haben sie für unsere politischen Parteien, die im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine im internationalen Vergleich außergewöhnlich starke Rolle haben?

Wir leben in der Phase großer gesellschaftlicher Umbrüche. Die Große Transformation zu einer ökologischen, gerechten und demokratischen Zukunft hat begonnen. Und sie ist ergebnisoffen. Die Herausforderungen des Klimawandels und zunehmend begrenzter Ressourcen erzwingen neue Formen des wirtschaftlichen Handelns und der sozialen Sicherung.

Doch die Demokratie ist unter Druck. Weltweit. Unabhängig davon, wie die konkreten Systeme im Detail ausgestaltet sind. Die Gründe dafür sind komplex. Sie haben etwas mit Digitalisierung zu tun, mit Vertrauensverlusten, mit dem „politischen Autismus“ der Eliten (Dahrendorf), mit Individualisierung, Globalisierung, von den Unsicherheiten der Moderne ausgelösten Ängsten und vielem mehr.

Auch das im internationalen Vergleich nach wie vor besonders stabile politische System der Bundesrepublik Deutschland zeigt Erosionserscheinungen. Die klassischen Volksparteien verlieren an Bindungskraft, die Wahlbeteiligung ist rückläufig, das Vertrauen in die Regelungskraft der Politik sinkt. Während repräsentative Systeme in der Kritik stehen, findet die Forderung nach Formen direkter Demokratie und plebiszitären Elementen wachsende Zustimmung (Kleinert 2012).

EROSION UNSERES PARTEIENSYSTEMS

Hinzu kommen neue autoritär-nationalistische Bewegungen, die sich als Parteien formieren, wie in unserem Land die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD), die mit Vorurteilen, Ausgrenzungen und des Abstreitens unbequemer Fakten Stimmungen gegen eine rationale Willensbildung betreibt. In den Medien wird dieses Vorgehen als „Populismus“ bezeichnet, tatsächlich ist es aber ein Angriff auf die Prinzipien der Demokratie.

Vor diesem Hintergrund sinkt das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie. Das belegen zahlreiche Untersuchungen. Rückläufige Wahlbeteiligungen und Mitgliederzahlen in den Volksparteien lassen politische Erosionsprozesse erkennen. Generell ist das Misstrauen gegenüber der Politik gewachsen – sowohl gegenüber dem Stillstand als auch bezüglich der Angebote, die sie macht (Scheer 1995).

Bislang fällt es den politischen Eliten jedoch schwer, sich auf diese neuen Herausforderungen einzustellen, obwohl das der Schlüssel für eine zukunftsfähige und gesellschaftlich breit akzeptierte Politik ist. Beides – die Qualität der

Demokratie und der Konsens in der Gesellschaft – stehen in einem Zusammenhang.

Vor diesem Hintergrund hat eine Forschungsgruppe des Berlin Institut für Partizipation im Juli 2021 die aktuellen Positionen der im 19. Bundestag vertretenen Parteien recherchiert und vergleichend ausgewertet. Berücksichtigung fanden dabei insbesondere die aktuellen Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021, Anträge aus der 19. Legislaturperiode sowie Äußerungen und Beiträge prominenter Parteivertreter*innen in den Medien.

WENIG BEWEGUNG IN DER SICHT DER PARTEIEN AUF BETEILIGUNG

Insgesamt war das Ergebnis ernüchternd. Anders als in der Beteiligungspraxis ist bei den politischen Parteien kaum eine öffentliche Rezeption der demokratischen Herausforderungen zu erkennen. Zahlreiche Äußerungen und Dokumente belegen, dass die Konzentration überwiegend nach wie vor auf die repräsentativen Strukturen der Willensbildung gerichtet ist. Bürgerbeteiligung wird wahlweise als Konkurrenz, als Instrument zur Akzeptanzbeschaffung oder als lästiges Übel betrachtet.

Die Regierungskoalition war 2017 mit dem offiziellen Anspruch gestartet, die Probleme der Demokratie in einer unabhängigen Expertenkommission aufarbeiten zu lassen – nach jahrelanger Verlagerung der Verantwortung zwischen Innenministerium, Parlament und Kanzleramt blieb es letztlich bei der Willensbekundung. Einen deutlichen Impuls konnte lediglich die Initiative von Mehr Demokratie e.V. und anderen Akteur*innen für eine Etablierung von Bürgerräten als neue Form partizipativer Politikberatung auslösen. Trotz herausragender Beteiligung einiger konservativer Politiker (insbesondere in Person von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble) bleibt es jedoch zunächst

bei einem Pilotprojekt zum Ende der Legislaturperiode. Ob und in welcher Form daraus weitere Impulse zu mehr Beteiligung entstehen, bleibt offen. Lediglich die Grünen versuchten, die Bürgerräte zu forcieren, die SPD entwickelte über ihre Friedrich-Ebert-Stiftung ein alternatives Konzept (Geißel/Jung 2020), die anderen Parteien hielten sich mit Ausnahme der AfD eher bedeckt. Letztere konnte sich insbesondere für die mit Bürgerräten verknüpften aleatorischen („Zufallsbürger“) Elemente begeistern und sich in den Formaten geschickt positionieren. So erhielt bei der Abschlussveranstaltung des ersten Bürgerrates „Demokratie“ der AfD-Vertreter auf dem Podium immer wieder den stärksten Applaus für seine Aussagen.

Doch betrachten wir zunächst einmal die Positionen der einzelnen Parteien:

CDU/CSU: FEST IM PARLAMENTARISCHEN DENKEN VERANKERT

Für die CDU ist die Priorität der repräsentativen politischen Willensbildung fester Bestandteil ihrer Genetik, obwohl gerade kommunale Funktionäre dieser Partei in besonderem Maße in Vereinen und anderen ehrenamtlichen Strukturen intensiv und kontinuierlich aktiv sind. Dies ist mit ein Grund dafür, dass in vielen öffentlichen Papieren und Beschlüssen der Fokus auf „Ehrenamt“ gerichtet wird, welches oft mit „Engagement“ und „Beteiligung“ gleichgesetzt wird. Deshalb verbuchen CDU und CSU Initiativen zu mehr lokaler politischer Teilhabe unter „Ehrenamtsförderung“.

Das von der CSU geführte Bundesinnenministerium, eigentlich für Demokratiefragen zuständig, glänzte dann in der vergangenen Legislaturperiode auch mit nahezu vollständiger Initiativlosigkeit was den Ausbau von Beteiligungsstrukturen in Deutschland angeht. Große

Skepsis herrscht auch gegenüber dem neuen Format „Bürgerrat“. So sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch gegenüber abgeordnetenwatch: „Wir brauchen keine Räte, in denen selbsternannte Gutmenschen ihren Fantasien freien Lauf lassen“ (abgeordnetenwatch 2020).

Allerdings wäre es für seinen Fraktionskollegen Thorsten Frei „einen Versuch wert, das in Deutschland bewährte Modell der repräsentativen Demokratie auf Bundesebene mit deliberativen Elementen anzureichern“ (Bürgerrat 2020b). Frei war vor seiner Wahl in den Bundestag Oberbürgermeister in Donaueschingen. Ein ähnliches Muster zieht sich durch nahezu alle Parteien: Politiker*innen mit ausgeprägter kommunalpolitischer Erfahrung stehen der Beteiligung meist aufgeschlossener gegenüber als ihre Kolleg*innen.

Die Positionierung der beiden christlichen-konservativen Parteien schlägt sich entsprechend in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 nieder: „Bürgerbeteiligung“ wird dort lediglich ein einziges Mal erwähnt – und auch dann scheint es sich um eine sehr spezifische Sicht auf Beteiligung zu handeln:

„Wir wollen eine frühe Bürgerbeteiligung. Gerade digitalisierte Verfahren bieten hierfür enorme Potenziale. Das haben die diversen Hackathons im vergangenen und in diesem Jahr gezeigt. Bürger haben dabei konkret an Lösungsvorschlägen mitgearbeitet. Diese Art der Bürgerbeteiligung wollen wir gezielt fördern und in der Verwaltungspraxis nachhaltig etablieren“ (S. 100f.).

Bezeichnend ist, dass der Begriff „Ehrenamt“ gleich 24-mal im Programm Erwähnung findet. Bei CDU und CSU ist also bislang wenig bzw. nur bei einzelnen Akteur*innen Begeisterung für echte, wirksame Deliberationsformate zu finden.

SPD: FOKUS AUF BREITE BETEILIGUNG UND KOMMUNEN

Inhomogen stellt sich die Situation auch in der SPD dar. Als einzige Partei mit einer AG „Demokratie“ in der Bundestagsfraktion hat sie ein von dieser entwickeltes umfassendes Grundlagendokument zur Bürgerbeteiligung beschlossen. Auch dieses offenbart noch nötige Klärungsprozesse, so wird zum Beispiel immer wieder Bürger- mit Stakeholderbeteiligung gleichgesetzt oder vermischt.

Allerdings gibt es ein klares Bekenntnis zu qualitativ guter Beteiligung und die Mahnung, Bürger*innen mit besonders schwierigen Zugängen zur Teilhabe ganz besonders im Blick zu haben. Die Fraktion fordert ein eigenes Beteiligungsformat auf Bundesebene mit großer Ähnlichkeit zu den Bürgerräten und macht konkrete Vorschläge, wie dieses dauerhaft wirksam in Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden kann – ein deutlicher Mehrwert zu dem ersten, weitgehend unverbindlichen Bürgerrats-Experiment des Bundestags.

Ergänzend fordert die SPD ein nationales „Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung“, das Parlament und Ministerien beraten und als Treiber für mehr Beteiligung aktiv sein soll.

Im eigentlichen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 sind die Forderungen der Fraktion eher in Form pauschaler Ansprüche eingegangen. So schreibt die SPD darin unter anderem: „Neue Akzeptanz und neue Begeisterung sowie neuer Respekt für demokratische Institutionen entstehen durch mehr Transparenz und Beteiligung“ (S. 4). Und an anderer Stelle: „Wir wollen vorausschauender, wirksamer, agiler und nachhaltiger regieren und dabei mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Demokratie wagen“ (S. 25).

Zudem will sie „Impulse durch kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, durch Förderung von Forschung, massive und stetige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, durch aktive Förderung der Regionen im Wandel und durch Beteiligung der Bürger*innen im Allgemeinen und der Beschäftigten im Besonderen“ (S. 4).

Ein grundsätzliches Bekenntnis zu mehr Bürgerbeteiligung ist also vorhanden, im Konkreten bleibt die Beschlusslage der Partei allerdings bislang Antworten schuldig. Angesichts des beschlossenen Fraktionspapiers ist hier jedoch eine gewisse Dynamik in der kommenden Legislaturperiode zu erwarten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: FOKUS AUF BÜRGERRÄTE

Imperative Mandate und direktdemokratische Entscheidungen gehörten in der Gründungsphase der Grünen zu ihrem unverwechselbaren Markenkern. Erstere erodierte nach dem erstmaligen Einzug in den Bundestag binnen weniger Jahre, die Orientierung auf mehr direkte Demokratie blieb allerdings bis heute erhalten. Die positiven Erfahrungen, die die Grünen in Baden-Württemberg, dem ersten und bislang einzigen Bundesland, in dem sie den Regierungschef stellen, mit Formen der Bürgerbeteiligung machten sowie die enge Zusammenarbeit mit Mehr Demokratie e.V. und deren Eintreten für bundesweite Bürgerräte führten in jüngster Zeit zu einer Neujustierung der Programmatik. Direktdemokratische Forderungen wurde geschliffen, Bürgerräte als neues Universalformat programmatisch veranlagt und auch im Bundestag (vergeblich) beantragt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf die Erstellung „repräsentativer“ Bürgerpanels mit Zufallsauswahl, Betroffenenbeteiligung liegt eher weniger im Fokus. Ähnlich wie die SPD fordern die Grü-

nen ein „Büro für Beteiligung“ beim Deutschen Bundestag sowie als Treiber eine „Position innerhalb der Bundesregierung“, ähnlich der außerordentlich erfolgreichen grünen Staatsrätin für Beteiligung in Baden-Württemberg. In Ihrem Wahlprogramm formulieren die Grünen denn auch ein klares Bekenntnis zu einer neu aufgestellten, partizipativeren Demokratie:

„Wir möchten ... das Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger*innen neu begründen: starke Parlamente und Abgeordnete, neue Formen der Beteiligung, etwa über Bürger*innenräte, die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente Einbeziehung der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten“ (S. 256).

Auch auf operativer Ebene setzen sie im Wahlprogramm in mehreren Handlungsfeldern auf mehr Beteiligung, so zum Beispiel beim Netzausbau („Zentral ist eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung“ (S. 26)), bei den Kinderrechten („Kinder ... haben ein Recht auf besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung“ (S. 97)) und der Digitalisierung („Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen“ (S. 163)).

Das Bekenntnis zu den Bürgerräten ist klar, umfassend und zudem in Kombination mit direktdemokratischen Elementen gedacht: „Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Auf Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger*innenbegehrens beraten zufällig ausgewählte Bürger*innen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung“ (S. 178).

FDP: SCHNELLER, DIGITALER – WENN ES SEIN MUSS, AUCH PARTIZIPATIVER

Sehr viel knapper fällt die Positionierung der Liberalen zur Beteiligung aus. Hier hat sie in der aktuellen Programmatik eine ausschließlich operative, akzeptanzfördernde Funktion: „Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch frühzeitige Bürgerbeteiligung, einen klugen Ausgleich mit Anwohnern und transparente rechtsstaatliche Verfahren stärken“ (S. 60).

Vor allem soll Beteiligung dabei helfen, Planungsverfahren zu beschleunigen, eine Kernforderung liberaler Strukturpolitik: „Daher wollen wir alle Planungsverfahren beschleunigen, indem wir Verfahren straffen und Doppeluntersuchungen abschaffen, die Möglichkeiten der Digitalisierung in allen Bereichen der Planung nutzen und eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen“ (S. 23).

Mehr bzw. umfassendere Positionen zu Bürgerbeteiligung gibt es aktuell bei der FDP nicht, erstaunlich für eine freiheitlich-liberale Partei ist, dass es keine programmatischen Äußerungen zum Zusammenhang von politischer Teilhabe und Stärkung der Demokratie gibt.

DIE LINKE: KLASSISCHES KONZEPT DER INTERESSENVERTRETUNG

Für die Linke steht insbesondere die Direkte Demokratie im Mittelpunkt ihrer Teilhabeforderungen. Konzeptionell ist die Linke in Beteiligungsfragen eher schwach aufgestellt. Sie macht programmatisch zum Beispiel keinen Unterschied zwischen Bürger- und Stakeholderbeteiligung und sieht diese explizit als Gegengewicht zu „Wirtschaftslobbyisten“.

Bürgerräte haben bei ihr vor allem den Charakter eines Kampagnenformates, so formulierte die Parteivorsitzende Katja Kipping 2020 zu

einem bewusst zivilgesellschaftlich initiierten Klima-Bürgerrat: „Einen Klima-Bürgerrat befürworten wir. Denn die Klimaveränderungen betreffen alle und alle unterschiedlich“ (Bürgerrat 2020a). Als Beteiligungsangebot der Politik werden Bürgerräte eher nicht gesehen, dort wird explizit eines der ältesten Formate aus den 70er Jahren gefordert: die „Planungszelle“.

Mehr politische Teilhabe ist der Linken zweifellos wichtig, sie konzentriert sich dabei aber eher auf die betriebliche Mitbestimmung durch klassische Betriebsratsstrukturen und außerhalb der Wirtschaft auf direktdemokratische, von unten initiierte Formate:

„Demokratie ist mehr als alle vier Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen auf allen Ebenen und in allen Bereichen – europäische, internationale wie kommunale Ebene bis hin zum Betrieb, zur Wirtschaft in der Kommune – Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden. ... Deshalb fordert DIE LINKE seit Jahren, dass Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene möglich sein müssen“ (S. 123).

AfD: DAS VOLK WEISS ES BESSER

Eine auch in Fragen der Beteiligung exklusive Position hat – kaum überraschend – die AfD. Sie fordert nicht weniger als ein komplette Reform des repräsentativen Systems und eine Einführung der Direkten Demokratie nach dem „Schweizer Modell“. Hier hat sie sogar einen vollständigen Gesetzesentwurf zur Einführung der Direkten Demokratie auf Bundesebene vorgelegt. Klassische „Bürgerbeteiligung“ wird in ihrem Wahlprogramm kein einziges Mal erwähnt, stattdessen ist die „Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell [...] für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen“ (S. 13).

Und weiter: „Wir vertrauen nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur Energiewende tragfähige Lösungen finden. Das Volk als Souverän muss in direkter Mitbestimmung Träger solcher schicksalhaften Entscheidungen sein“ (S. 14).

Die Verknüpfung von Volksabstimmungen mit den politischen Kernthemen der AfD wie Eurokritik, Kulturkampf und Migrationsabwehr basiert auf der These, dass die „politischen Eliten“ in Politik, Medien und Wirtschaft gegen das Volk entscheiden würden und diesem der „gesunde Volkswille“ entgegenstünde, der sich in direktdemokratischen Abstimmungen durchsetzen würde. Gesellschaftliche Spaltung und Delegitimierung demokratischer Institutionen wären eine mögliche – und möglicherweise nicht ungewollte – Folge.

DIE POSITIONIERUNG DER PARTEIEN IN DER VIELFÄLTIGEN DEMOKRATIE

Wir haben gesehen, dass die Positionen der Parteien zu Bürgerbeteiligung insgesamt durchaus erkennbar unterschiedlich, wenn auch teilweise erstaunlich unpräzise sind. Entsprechend spannend ist natürlich die Sichtweise der Parteien auf die anderen beiden Säulen der Vielfältigen Demokratie: klassisch repräsentative Strukturen und direktdemokratische Elemente. Das Modell der Vielfältigen Demokratie erläutert die Allianz Vielfältige Demokratie in ihrer 2017 veröffentlichten Broschüre „Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden“ so:

Die klassische repräsentative Säule wird dabei ergänzt durch direktdemokratische Volks- und Bürgerentscheide, wie sie im föderalen System Deutschlands in unterschiedlicher Ausprägung definiert sind. Diese ermöglichen rechtlich bindende Abstimmungen über einzelne Sachfragen und können so gesellschaftliche Debat-

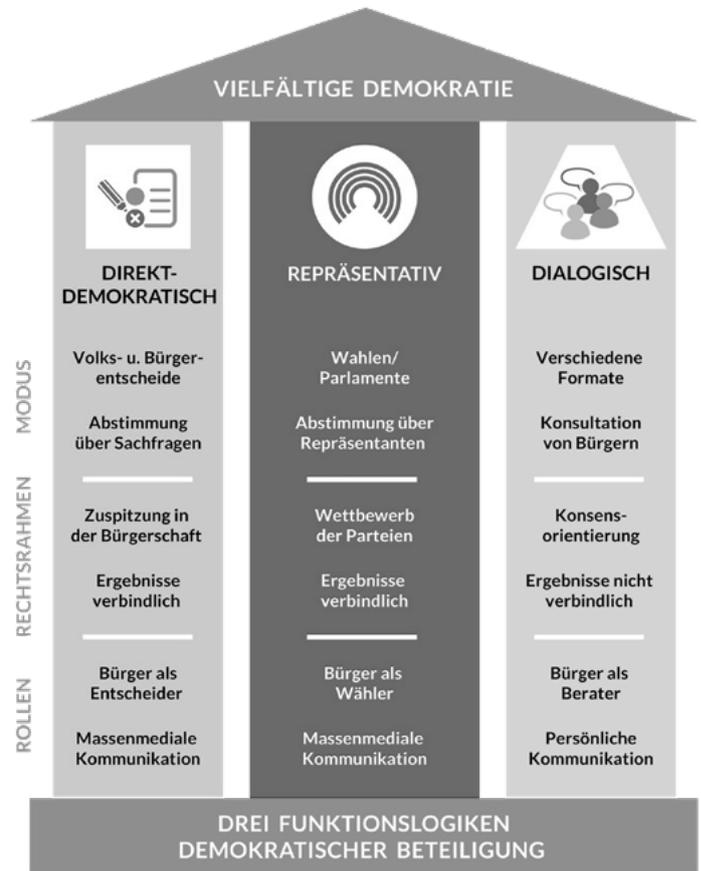


Abbildung 1: Funktionslogiken demokratischer Beteiligung, Quelle: Allianz Vielfältige Demokratie, 2017.

ten in politisch umsetzbare Entscheidungen übersetzen. Dabei unterliegen sie jedoch auch immer dem Risiko, zu einer gesellschaftlichen Spaltung beizutragen, insbesondere dann, wenn die Entscheidungen knapp ausfallen.

Demgegenüber ergänzen dialogische Elemente der Bürgerbeteiligung die politische Willensbildung. Sie sind weniger auf verbindliche Ergebnisse fokussiert, sondern stellen Dialog und Einvernehmen in den Mittelpunkt.

Das Konzept der Vielfältigen Demokratie geht davon aus, dass ein erfolgreiches Zusammenspiel aller drei Säulen die Resilienz des politischen Systems erhöht und in einer immer diverser werdenden Gesellschaft die entsprechenden Angebote zur politischen Teilhabe realisieren kann.

Wie aber verorten sich aktuell die politischen Parteien in diesem System der Vielfältigen Demokratie?

Der Fokus der CDU/CSU liegt, wie wir wegsehen haben, entschieden auf der repräsentativen Säule. Direkt-demokratischen Entscheidungen steht die Partei sehr skeptisch und zurückhaltend gegenüber. Sie befürchtet, dass diese die Erosion der parlamentarischen Politik weiter befördern und die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben könnte. Dialogischen Angeboten kann die Partei insbesondere dann etwas abgewinnen, wenn es um die Förderung der Akzeptanz großer Infrastrukturvorhaben und ggf. auch deren Beschleunigung geht.

Ganz ähnlich positioniert sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Beide Parteien befürworten den Ausbau der direkt-demokratischen und der dialogischen Säule. Die SPD richtet ihr Augenmerk dabei auf kommunale Beteiligung und besonders auf die Einbindung weniger gut verteilter Milieus, während die Grünen jüngst sehr stark auf Zufallsauswahlen und Bürgerräte auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene setzen.

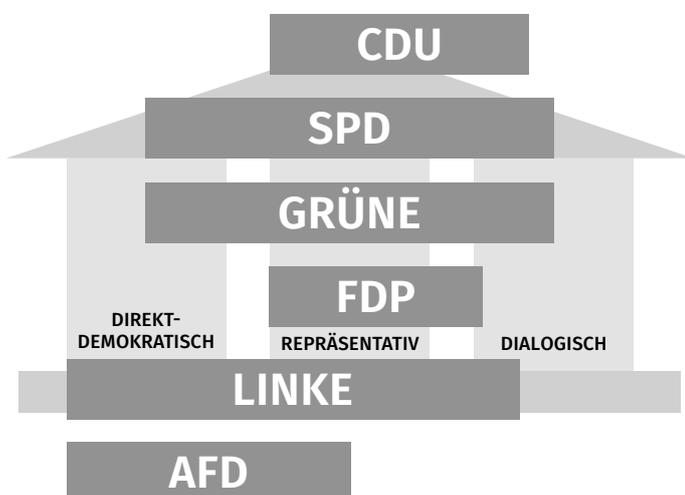


Abbildung 2: Positionierungen der Parteien im System der Vielfältigen Demokratie

Die FDP, der früher das Image der „Honoratiorenpartei“ anhing, ist auch heute noch die im Bundestag vertretene Partei mit dem größten Fokus auf die klassischen repräsentativen Strukturen. Direkt-demokratie lehnt sie weitestgehend ab, Beteiligung sieht sie ausschließlich als Instrument zur Planungsbeschleunigung und hier eher in Form von Stakeholder- als von Betroffenenbeteiligung. Einzelne Bürgermeister*innen mit FDP-Parteibuch haben positive Erfahrungen mit echter Bürgerbeteiligung gemacht und stehen dieser entsprechend aufgeschlossener gegenüber. Der allgemeinen Parteilinie entspricht das nicht.

Die LINKE ist die Partei mit dem wohl breitesten Teilhabeansatz. Sie plädiert einerseits entschieden für deutlich mehr direkt-demokratische Elemente, ist andererseits auch vielen dialogischen Formaten gegenüber aufgeschlossen. Allerdings beobachtet sie diese auch mit einer gewissen Skepsis insbesondere dann, wenn sie Akzeptanz für Vorhaben der Politik schaffen soll. Sie artikuliert immer wieder die Warnung davor, sich „nicht über den Runden Tisch ziehen“ zu lassen.

Die AfD nimmt eine Sonderrolle ein. Sie favorisiert eine Stärkung der Direkt-demokratie gegenüber den Parlamenten. Entsprechend setzt sie auch nicht auf dialogische, sondern eher konfrontative Formate, die ihrer These vom Widerspruch zwischen „Eliten“ und dem „Volkswillen“ entsprechen.

ES BLEIBT SPANNEND

Wir haben gesehen, dass die Parteien zwar insgesamt eher zögerlich, jedoch mit deutlich unterschiedlichen Akzenten auf die Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung reagieren. Da in Zukunft davon auszugehen ist, dass Regierungskoalitionen tendenziell kaum noch aus zwei Fraktionen bestehen werden, sondern

drei oder gar mehr Parteien unter einen Hut bringen müssen, eröffnet dies interessante Konstellationen. In Baden-Württemberg haben sich zum Beispiel die CDU-Minderheitsvertreter*innen in der schwarz-grünen Koalition ganz entschieden zur Beteiligung bekannt und tragen mit, dass zukünftig alle zentralen Gesetzesvorhaben durch Bürgerräte vorbereitet und begleitet werden.

Insgesamt erwarten wir, dass mit zunehmend mehr, tieferer und besserer Beteiligung deren Attraktivität für die politischen Mandatsträger*innen zunimmt und sich die Parteien – in unterschiedlicher Geschwindigkeit und in unterschiedlichem Umfang weiter für neue Formen der politischen Teilhabe öffnen.

Damit daraus jedoch ein merklich positiver Effekt in Bezug auf die Einstellung der Bürger*innen zur Demokratie entsteht, bedarf es erheblich umfassenderer Beteiligung als bislang praktiziert. Letztlich hängt die Resilienz einer Demokratie von Qualität und Umfang der Selbstwirksamkeitserfahrungen ihrer Bürger*innen ab. Ein halbes Dutzend Bürgerräte in einer Legislaturperiode sind hier nur der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Sie sind nicht die Lösung, aber sie sind Treiber und Türöffner für die Entwicklung einer umfassenden Beteiligungskultur. Und angesichts der großen transformatorischen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, sind wir gut beraten, diese Tür mit aller Kraft weit aufzureißen. ■

LITERATUR

abgeordnetenwatch (2020): Frage an Klaus-Peter Willsch von Helena Buchberger bezüglich Umwelt, online unter: <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/klaus-peter-willsch/fragen-antworten/510957> [abgerufen am 23. August 2021].

AG Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion: Potenziale nutzen, Fallstricke vermeiden. Sozialdemokratische Impulse zu Beteiligungsräten auf Bundesebene anlässlich der Einberufung eines „Bürgerrats“ unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten, 30.09.2020.

Allianz Vielfältige Demokratie (2017): Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden. Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung, Gütersloh.

Antrag der Abgeordneten Dr. Anna Christmann u.a.: Für eine lebendige Demokratie – Beteiligung und Engagement auf Bundesebene stärken, Bundestagsdrucksache 19/27879, 24.03.2021.

Alternative für Deutschland (AfD): Deutschland. Aber normal. Programm der AfD für die Wahl zum 20. Bundestag, Mai 2021.

Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE): Deutschland. Alles ist drin, Juni 2021.

Bürgerrat (2020a): Abgeordnete zu Bürgerräten, online unter: <https://www.buergerrat.de/aktuelles/abgeordnete-zu-buergerraeten/> [abgerufen am 23. August 2021].

Bürgerrat (2020b): German MPs on citizens' assemblies, online unter: <https://www.buergerrat.de/en/news/german-mps-on-citizens-assemblies/> [abgerufen am 23. August 2021].

Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland, Juni 2021.

Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie, Frankfurt.

Die Linke (Linke): Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021, Juli 2021.

Freie Demokraten (FDP): Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten, Mai 2021.

Geißel, B. / Jung, S. (2020): Mehr Mitsprache wagen. Ein Beteiligungsrat für die Bundespolitik, Berlin.

Kleinert, Hubert (2012): Krise der repräsentativen Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2012.

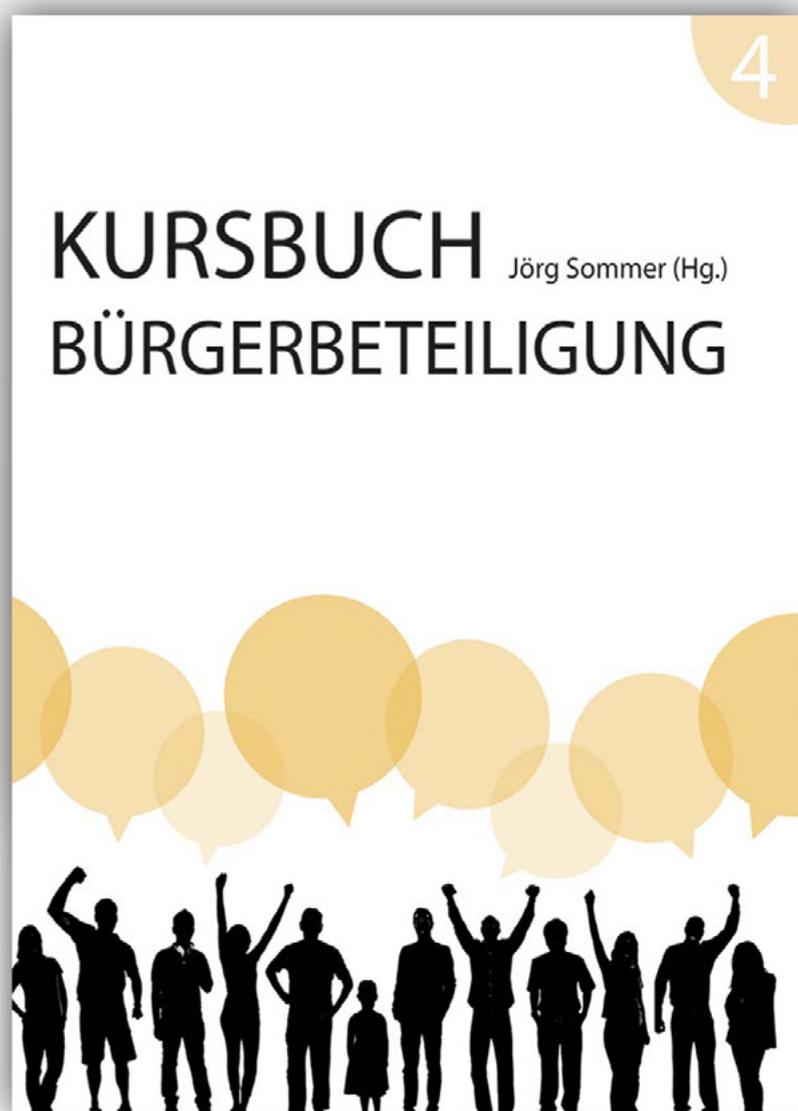
Merkel, Wolfgang et al. (2003): Defekte Demokratie. Wiesbaden.

Scheer, Hermann (1995): Zurück zur Politik. München.

Sommer J./Müller M (2017): Der partizipative Staat. Repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung, Berlin.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD, Mai 2021.

KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG



**ERSCHEINT AM
28. OKTOBER 2021**

Jörg Sommer (Hg.)
**KURSBUCH
BÜRGERBETEILIGUNG #4**
444 Seiten, Berlin, 2021
ISBN 978-3942466516
€ 26,80
www.kursbuch.info

RepublikVerlag

JETZT BESTELLEN!

